



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Bildung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.06.2025
Sitzungsbeginn:	19:01 Uhr
Sitzungsende:	22:43 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ausschussvorsitz

Marko Njammasch

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Beata Czech

entschuldigt

Toni Tobianke

Vertretung für:
Beata Czech

Eleonore Heinrich

Marco Kerbs

Ilona Schmitt

Stefan Christ

entschuldigt

Michaela Schreiber

Vertretung für:
Stefan Christ

Sachkundige Einwohner

Robin Lewinsohn

Rolf von Lützwow

Estella Sloty

Heike Stenke

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jan Krolik

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden | |
| 2 | Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder | |
| 3 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 4 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 5 | Bericht aus der Verwaltung | |
| 6 | Einwohnerfragestunde | |
| 7 | Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder | |
| 8 | Beratung von Beschlussvorlagen | |
| 8.1 | 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2025 | 043/25 |
| 8.2 | Vorstellung und Entscheidung über die erarbeiteten Varianten für den Anbau an die Grundschule Zossen | 039/25 |
| 8.3 | Spendensatzung der Stadt Zossen | 035/25/01 |
| 8.4 | Bildung eines Präventionsrates | 034/25/01 |
| 8.5 | Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 14.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.01.2025 auf Änderung der Realsteuersatzung der Stadt Zossen, Festsetzung der Grundsteuer B auf den vom Land Brandenburg errechneten aufkommensneutralen Wert von 240 % | 007/25 |
| 8.6 | Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 07.05.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.05.2025 auf Bindung der Mitglieder der Stadt Zossen im ZV KMS hinsichtlich der Kalkulation der Gebühren der dezentralen Schmutzwasserbeseitigung | 031/25 |
| 9 | Schließung der öffentlichen Sitzung | |

Niederschrift

Öffentlicher Teil

-
- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Njammasch um 19:01 Uhr eröffnet.
- Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.
-
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**
Es nehmen keine Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil.
-
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Herr Njammasch stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 5 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.
-
- 4 Feststellung der Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.
- Diese wird wie vorliegend festgestellt.
- Frau Schreiber nimmt ab 19:03 Uhr an der Sitzung teil.
-
- 5 Bericht aus der Verwaltung**
Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:
- I. Kämmerei
 - 1. Vergleich Finanzrechnung Ansatz/ IST per 29.05.2025
 - 2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 - 3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 - 4. Liquiditätsentwicklung 2023 - 05.2025
 - 5. Grundsteuerentwicklung

 - I. Kita- und Schulamt
 - I.1 Aktuelle Belegungszahlen KITAs
 - I.2 Aktuelle Belegungszahlen HORT
 - Pressemitteilung Mehrgenerationenpark Schöneiche
-
- 6 Einwohnerfragestunde**
Herr Pfeiffer:
Die Stadt Zossen ist in den roten Zahlen? Ist das korrekt?

Herr Krolik
Nein.

Bürger 1, Herr Pfeiffer:

Herr Njammasch, am 21. des letzten Monats haben Sie mich auf dem Marktplatz in Zossen böse angegangen, mit der Maßgabe, dass Sie mich aus dieser Sitzung entfernen würden, wenn ich erscheine. Wie sieht es damit aus?

Herr Njammasch:

Wenn Sie sich benehmen, können Sie hierbleiben, ansonsten handhaben wir es wie letztes Mal.

Herr Pfeiffer:

Ich habe heute gegen Sie Strafanzeige gestellt nach § 88, verfassungsfeindliche Sabotage, aufgrund der jahrelangen Handlungen gegen meine Person. Möchten Sie sich dagegen äußern?

Herr Njammasch bittet Herrn Pfeiffer, wenn er keine weiteren Fragen hat, sich zu setzen.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Frau Schreiber:

Wie hoch sind die einzelnen Abschlagszahlungen auf die Kreisumlage? Wann sind die fällig? Was haben Sie im Mai ausgezahlt bzw. steht jetzt im Juni zur Zahlung an, in welcher Höhe?

In welcher Höhe haben Sie eine Nachzahlung aus 23 aus der Gewerbesteuereinnahme erhalten?

Gibt es einen neuen Stand zu dem Gewerbesteuereinnahmeproblem? Gibt es mittlerweile eine Berechnung des Finanzamtes? Gibt es eine Mitteilung des Unternehmens? Gibt es eine Information über eine Rückzahlung 24 und eine Veranlagung für 25? Wie ist der aktuelle Stand?

Warum ist die Beschlussvorlage der Essenanbieter nicht auf der Tagesordnung?

Haben sie mittlerweile von den Anbietern eine Mail mit nachgereichten Unterlagen bekommen? Ich habe bei beiden Anbietern identische Fragen gestellt und beide haben zugesagt, dass sie per Mail antworten. Sind Antworten eingegangen und wenn ja, warum haben wir die nicht mitgeteilt bekommen?

Wie wollen Sie zukünftig mit dem Fragerecht für Stadtverordnete, die nicht Ausschussmitglieder sind, umgehen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Kreisumlage ist bis Mai bezahlt.

Zu Ihren anderen Fragen gibt es keine neuen Erkenntnisse. Die Fragen haben Sie bereits gestellt und die Antworten haben Sie erhalten. Wenn es neue Erkenntnisse gibt, teilen wir Ihnen diese mit.

Die Tagesordnung wird im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden erstellt. Wir haben ausführlich über die Mensa gesprochen. Die neuen Angebote haben Sie erhalten. Im RO haben wir es abschließend erörtert. Ihre Fragen wurden seitens der Unternehmen noch nicht beantwortet. Es ist eine weitere Kalkulation der Fa. Vielfalt mit dem Hinweis streng vertraulich und persönlich bei uns eingegangen. Ich werde das nicht weiterleiten. Wir hatten eine Nachbesserung gegenüber den beiden

Unternehmen ermöglicht. Aufgrund der Situation, die jetzt eingetreten ist und die Sie verursacht haben, kann es sein, dass wir den Wettbewerb noch mal eröffnen müssen. Wir beraten uns dazu gerade mit unserer Rechtsabteilung. Es kann durchaus sein, dass wir auch auf der SVV noch keine Entscheidung treffen können. Wir haben ein Angebot bekommen, dass offensichtlich auch anderweitig kommuniziert wurde und wir müssen schauen, wie wir vergaberechtlich damit umgehen.

Herr Krolik:

Im Mai wurde 1.776.655 Kreisumlage gezahlt.

Frau Schreiber:

In welcher Höhe ist die Nachzahlung aus 2023 erfolgt, die nichts mit dem Ausfall des anderen Steuerzahlers zu tun hat?

Zu Protokoll:

"Haben Sie identische Abforderungen an beide Anbieter gestellt? Wenn ja, in welcher Form?

Haben Sie einzelne Mails an die Anbieter geschickt? Gehen Sie noch mal ins sich, ob dort streng vertraulich, nur für Sie persönlich draufstand. Mir wurde zugesagt, dass es für alle Stadtverordneten zur Verfügung gestellt wird. Ist Ihnen klar, dass, wenn Sie beiden Anbietern unterschiedliche Vorgaben machen, Sie das Vergabeproblem verursachen? Ich erwarte, dass Sie die Mail von Vielfalt weitergeben."

Frau Şahin-Connolly:

Ich bin für die Vergabe verantwortlich. Wir müssen dafür geradestehen und nicht Sie. Wir haben Ihnen mitgeteilt, was wir abgefragt haben. Sie stellen immer wieder die gleiche Frage hinsichtlich der 15.000 Euro. Es gab eine Tabelle wo diese Zahlen bekanntgegeben wurden. Jeder Anbieter ist selber dafür zuständig, wie er mit diesen Zahlen rechnet. Ich kann noch mal versichern, dass die Angaben für alle Anbieter gleich waren.

Herr von Lützw.

Wann soll es mit der Kita in der Martin-Luther-Straße losgehen?

Ich hätte gerne eine Aufstellung wie in nächster Zeit mit den Ruinen in Wünsdorf umgegangen werden soll und ob es Konzepte gibt, die zu veräußern.

Frau Şahin-Connolly:

Aktuelle Konzepte für die Veräußerung gibt es nicht. Gedanken müssen wir uns machen. Eine Aufstellung über die Grundstücke, die der Stadt Zossen gehören, können wir Ihnen für den öffentlichen Teil im Ortsbeirat zur Verfügung stellen.

Kita-Baubeginn ist der 15.6.2025.

Frau Schreiber:

Wie hoch war die Nachzahlung Gewerbesteuer 23?

Herr Krolik:

5,5 Mio.

8 Beratung von Beschlussvorlagen

8.1 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2025 043/25

Herr Krolik stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor. Diese enthält folgende Punkte:

- I. Kämmerei
1. Überleitung Ergebnishaushalt Plan 2025 – 1. Nachtrag 2025
- Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Gesamtüberschuss
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Frau Heinrich:
KMS geht über einen Stundungskredit?

Frau Şahin-Connolly:
Wir haben uns mit dem KMS abgestimmt, wie wir die 3,87 Mio. Euro zahlen. Die erste Rate, knapp 1 Mio. Euro, ist gezahlt, die zweite Rate ist im Juli fällig und die dritte Rate kommt nach Abstimmung hinsichtlich des Liquiditätsbedarfes für den KMS. Dem KMS entstehen keine weiteren Kosten. Er rückt in keinen Kassenkredit. Dann wären wir für den Ausgleich der Kosten zuständig. Wir müssen schauen, dass wir die 3,87 Mio. Euro nicht auf einen Schlag bezahlen, da wir dann mehr Kreditvolumen benötigen und auch mehr Zinsen zahlen müssten. Es findet eine enge Abstimmung zwischen Herrn Krieg und mir statt.

Frau Heinrich:
Warum nimmt man keine KK-Linie? Das ist doch preiswerter?

Frau Şahin-Connolly:
Das ist es nicht. Das habe ich gerade erklärt.

Frau Heinrich:
Also ist das Geld enthalten?

Frau Şahin-Connolly:
Ja, wir müssen den aus dem Kassenkredit bezahlen. Wir nehmen keine weiteren Kredite auf.

Frau Heinrich:
Es gab diesen Vorfall von 2019, wo zu viel Steuern eingenommen wurden. Wie ist der Stand dazu?

Frau Şahin-Connolly:
Es waren 18,6 Mio. Euro. Diese wurden vorübergehend auf Verwahr gebucht. Dieser wurde aufgelöst. Das Geld wurde dann mit dafür verwendet, um den Kassenkredit abzulösen. Das Unternehmen hat gesagt, dass sie gegen die 18,6 Mio. vorgehen werden. Wir haben die 18,6 Mio. in eine Rücklage mit verbucht. Wenn sie fällig werden würden, müssten wir einen extra Kredit aufnehmen.

Frau Schreiber:
In welcher Höhe gesamt für 2025 liegen Bescheide des Finanzamtes für die Veranlagung der Gewerbesteuer vor? Wie viele sind davon widerspruchbehaftet? In welcher Höhe?

Wie hoch insgesamt sind die Bescheide vom Finanzamt für Rückzahlungen in 25, die aus Vorjahren fällig werden?

In der letzten Sitzung hatte ich Fragen gestellt zu den Budgets in Kitas, Schulen und Brandschutz. Ich habe um Antwort zum heutigen Ausschuss gebeten.

Ich möchte wissen, ob Sie es für angemessen halten, dass wir binnen einer Woche

über den Nachtragshaushalt entscheiden sollen? Ich halte es nicht für angemessen. Auch die uns gewährte Zeit mit der Einladung zum FSB um die Unterlagen durchzusehen, halte ich bei einer SVV nächste Woche für nicht angemessen.

Wie sind die Tarifabschlüsse ausgegangen?

Sehen Sie beim Stellenplan der Kernverwaltung Einsparmöglichkeiten? Warum gibt es dort keine Vorschläge zu Reduzierungen?

Konkret bezogen auf den einen Fall Gewerbesteuerzahler möchte ich wissen, ob Sie als ordentlicher Kaufmann, wenn Sie uns den Nachtragshaushalt vorlegen und dort ein Risiko besteht, das nicht als verminderten Ansatz in die Gewerbesteuereinnahme hätten eintragen müssen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie haben gefragt, ob wir bei den Budgets Veränderungen vorgenommen haben und ob wir Wünschen nicht nachgekommen sind. Die Antwort der Verwaltung war nein. Die Zahlen haben sich nicht geändert. Die Budgets wurden eins zu eins übernommen.

Bezüglich der Fristen für den Haushalt haben wir wahrscheinlich unterschiedliche Vorstellungen von Fraktionsarbeit und wie man sich auf den Ausschuss vorbereitet. Als Fraktionsvorsitzende haben Sie 14 Tage Zeit bis zur SVV. Wir haben deutlich gemacht, um welche Positionen es sich handelt. Sie können jederzeit explizite Fragen schriftlich an die Verwaltung stellen. Dieser Ausschuss dient nicht dazu eine individuelle Weiterbildung oder Schulung anzubieten.

Im Ansatz 25 haben wir die Personalkosten erhöht. Nach den Tarifabschlüssen sind wir im Budget. Den Stellenplan haben wir im Ansatz nicht erhöht. Wir haben mitgeteilt, welche Stellen dieses Jahr besetzt werden sollen, die in der Vergangenheit nicht besetzt werden konnten.

Zum Thema Verwaltungsaufwand, denken wir über Prozessoptimierungen nach, aber der größte Verwaltungsaufwand sind stellenweise die Protokolle von den Sitzungen. Überstunden durch die Sitzungen und nicht geschaffte Tagesordnungen machen sich in der allgemeinen Verwaltung bemerkbar.

Zu dem Thema Gewerbesteuerzahler würde ich bitten, die komplette Mail zu interpretieren. Es wurde gesagt, dass wir verpflichtet sind der SVV mitzuteilen, wenn konkrete Änderungen eingetreten sind, aber nicht, wenn Vermutungen oder Befürchtungen im Raum stehen.

Herr Krolik:

Es wurden Gewerbesteuerbescheide in Höhe von 40,1 Mio. verschickt. Wir liegen knapp 2 Mio. unter dem Bescheid-Volumen vom letzten Jahr. 1 Mio. haben wir sichtbar gemacht. Wir sind immer noch auf dem Ansatz 25 und kommunalrechtlich sollte es wenig Bedenken geben. Wenn ein Bescheid kommt, der signifikante Auswirkungen hat, dann werden wir einen 2. Nachtrag machen müssen.

Frau Schreiber:

Wie viele in welcher Höhe sind widerspruchbehaftet? Wie viele Rückzahlungsbescheide aus Vorjahren werden in diesem Jahr fällig?

Herr Krolik:

Ich teile Ihnen stets den aktuellen Stand mit.

Herr Kerbs:

Die Aussage zu den Personalkosten ist für mich völlig nachvollziehbar.

Die Verringerung mit 210.000 für Unterhaltung der Gemeindestraßen. Ist das das Gesamtbudget für Gemeindestraßen oder ist es nur ein Teil?

Herr Krolik:

Wir haben eine Reduzierung um 200.000 vorgenommen. Es stehen knapp 2,4 Mio. drin. Aktuell haben wir 400.000 ausgegeben. Die Wahrscheinlichkeit, dass das volle Volumen ausgeschöpft wird, ist eher gering.

Herr Lewinsohn:

Inwiefern ist die neue Zahl von 43 % Kreisumlage sicher?

Frau Şahin-Connolly:

Es wird dieses Jahr keinen Nachtrag für den Kreis geben. Der Kreishaushalt ist noch nicht eins zu eins verabschiedet. Unsere Prämisse ist, mit 43 % zu kalkulieren. So hat es Herr Ferdinand eingestellt.

Herr von Lützow:

Einzelne Ämter sind in die Tiefe gegangen. Wir brauchen den Nachtragshaushalt und wir sollten die Sache bestätigen, um arbeitsfähig zu sein.

Frau Schreiber:

Der Finanzausschuss ist nicht für Weiterbildung zuständig, er ist aber für eine ausführliche Beratung da. Ich bin gegen die Schnellschussmentalität.

Herr Njammasch unterbricht Frau Schreiber und bittet Sie, vernünftige Fragen zu stellen.

Frau Schreiber:

Es gibt einen von der Mehrheit beschlossenen Haushalt 25. Die Arbeitsfähigkeit ist da. Warum bekommen wir den Haushalt jetzt erst vorgelegt und nicht schon vor 14 Tagen? Angeblich sollte es an der Friedhofssatzung liegen. Sie wollen gar nicht, dass intensiv über Haushalt diskutiert und beraten wird.

Wie können sie in dieser Situation 10 zusätzliche Stellen in der Kernverwaltung schaffen? Vielleicht sollten Sie in Zukunft darüber nachdenken, ob Sie zwei Assistenten, einen persönlichen Assistenten, drei Pressesprecher und sowas alles benötigen, nur damit alles um Sie herum irgendwie organisiert wird, weil Sie ihren Job nicht machen. Die Beratungen darüber werden immer wieder von Ihnen verhindert.

Sie sind nicht nur verpflichtet uns darüber zu informieren, sondern sie sind nach Landeshaushaltsordnung und nach Kommunalverfassung verpflichtet risikobehaftete Forderungen und Verbindlichkeiten im Haushalt zu berücksichtigen. Sie haben AdV gewährt. Wieso schätzen Sie es dann beim Nachtragshaushalt nicht ebenso als risikobehaftet ein und reduzieren das runter?

Herr Njammasch:

Ich bitte darum, dass Sie hier nicht für alle sprechen.

Frau Şahin-Connolly:

Wieviel Assistenten habe ich? Sie haben den Haushaltsplan anscheinend nicht gelesen. Dort stehen keine Assistentenstellen drin. Auch drei Pressesprecher stehen nicht im Haushalt. Sie werfen Themen und Gerüchte in den Raum. Wenn Sie auf Augenhöhe mit mir kommunizieren wollen, beschäftigen Sie sich mit dem Haushalt, mit dem Personalhaushalt und fragen Sie konkret.

Frau Schreiber:

Anscheinend wissen Sie nicht was zu einer Aufstellung und einem Stellenplan gehört.

Es ist eine Aufstellung aller Stellen, aufgeschlüsselt nach Entgeltgruppen und nicht nach Funktionen. Anhand der Entgeltgruppen sehe ich, wer wofür bezahlt wird. Ihre Aufgabe wäre es, ein Organigramm zu erstellen. Geben Sie uns das Organigramm mit der Zuweisung der Stellen für die einzelnen Amtsbereiche.

Herr Krolik:

10 Stellen in der Kernverwaltung sind gelogen. Außer Sie nehmen die Hausmeister mit rein. Den Klimamanager bekommen wir gefördert. Eine weitere Stelle ist eine Schwangerschaftsvertretung im Kita- und Schulamt. Das ist aber kein Aufbau. Mit dem aktuellen Ist-Zustand liegen wir sogar noch unter dem, was wir könnten.

Zum Thema Gewerbesteuer habe ich gesagt, dass wir aktuell 40 Mio. haben. Per Mai waren es 32 Mio. Wir liegen also aktuell mit unserer Sollstellung 8 Mio. über Vorjahr. Wir haben es vorsorglich runtergenommen. Wir haben noch ein paar Monate vor uns, die dazu führen, dass wir noch hochlaufen werden. Wo wir enden weiß keiner. Man kann sich nur an Vorjahren orientieren.

Der Nachtragshaushalt ist keine Diskussionsrunde. Den Stellenplan haben wir so gelassen, wie er ist.

Frau Tobianke:

Der Nachtragshaushalt sieht gut aus und wir werden zustimmen.

Herr Kaehlert:

Im Vorbericht Nachtragshaushalt Seite 4 bei den ordentlichen Erträgen bin ich der Meinung, dass es sich um einen redaktionellen Fehler handelt. Ist dem so?

Herr Krolik:

Das ist ein Tippfehler. Es muss 79 sein.

Herr Kaehlert:

Nicht jeder Ehrenamtler versteht den Haushalt. Man braucht eine gewisse Vorlaufzeit. Auch 14 Tage reichen da nicht. Ich kenne Kämmerer, die bereitwillig das Angebot gemacht haben, individuell zur Seite zu stehen und aufzuklären. Leider ist das hier nicht so. Nicht der Ehrenamtler ist in der Pflicht, sondern der Kämmerer und die Verwaltung es so transparent zu machen, dass man es versteht.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben immer angeboten, dass Fraktionen und Stadtverordnete mit Fragen zum Kämmerer gehen können. Wir hatten Schulungen angeboten. Das Angebot nachzufragen und sich von Herrn Krolik schulen zulassen, hat jeder bekommen und das steht nach wie vor. Im BadV können Sie chronologisch die Zahlen nachsehen. Auch ein Stadtverordneter, der sich für seine Fraktion für den Finanzausschuss entscheidet, muss bereit sein zu lernen.

Herr Krolik:

Tarifabschlüsse wurden für April abgeschlossen. Es gab einen Monat Bedenkzeit. Erst danach wussten wir ob Widerspruch eingelegt wurde. Wir hatten vorerst abgewartet. Die Zeitleiste ist sehr kurz, aber die Themen sind überschaubar und Fragen können gerne an mich gestellt werden.

Frau Şahin-Connolly:

Es war im Gespräch § 17, das Familienausgleichsgesetz abzuschaffen. Das hätte in unserem Haushalt noch mal 1,3 Mio. Euro bedeutet. Das ist zum Glück nicht so eingetreten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der § 17 erhalten bleibt.

Herr Reimer:

Den Haushalt 25 haben wir diskutiert und beschlossen. Jetzt haben wir es mit einem

Nachtrag zu tun. Ich sehe kaum Änderungen und stimme der Einschätzung von Frau Tobianke zu. Ich kann Herrn Krolik nur beipflichten. Wir zahlen heute noch für Dinge aus vergangenen Zeiten. Ich finde es schon dreist, dass genau von den Leuten ein Theater inszeniert wird, denen wir Millionenschaden zu verdanken haben. Ich bedanke mich bei Herrn Krolik für die Arbeit. Es ist ein gutes Werk.

Frau Heinrich:

Der Nachtragshaushalt ist transparent und nachvollziehbar, aber als AfD können wir nicht zustimmen, da die Kreisumlage für die ärztliche Betreuung der Neubürger genutzt wird und das steht gegen unsere Programmatik.

Herr Njammasch

Wir sind mit dem Haushalt sehr präsent und transparent. Ungeklärte Fragen bitte immer an die Verwaltung stellen.

Abstimmung zu a)

4 / 2 / 0

Es findet eine Pause von 20:29 Uhr bis 20:41 Uhr statt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die 1. Nachtragshaushaltsatzung 2025

a) in der vorliegenden Form

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	2	0

8.2 Vorstellung und Entscheidung über die erarbeiteten Varianten für den Anbau an die Grundschule Zossen 039/25

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor.

Frau Heinrich:

Wie viele Schüler werden erwartet?

Frau Şahin-Connolly:

Ganztags ist von der 1. bis zur 6. Klasse. Wir brauchen dafür Horträume. Um eine Doppelnutzung werden wir nicht herumkommen. Aktuell haben wir zwei zusätzliche Container auf dem Schulhof. Die sollen entfallen. Wir rechnen damit, dass wir noch zwei weitere Züge integriert bekommen. 4., 5., und 6. Klasse könnte man ganztags im neuen Hort betreuen und 1. bis 3. Klasse dann im Erweiterungsbau. Anhand der Anmeldezahlen werden wir eine Doppelnutzung benötigen. Die Schule ist aktuell dreizügig und mittelfristig wird sie vier- bis fünfzügig sein.

Frau Heinrich:

Mir geht es darum, dass wir nicht noch einen Hort zusätzlich schaffen in der Schule.

Frau Şahin-Connolly:

Aktuell betreuen wir 1. bis 4. Klasse. Dafür gibt es einen Rechtsanspruch. Und der wird ab 2027 ausgeweitet auf 5. bis 6. Klasse. Wir müssen also so planen, dass auch die Klassen ganztags betreut werden können.

Frau Heinrich:

Mich würden die Zahlen der Schülerentwicklung interessieren.

Frau Şahin-Connolly:

Wir werden an dieser Schule zwei weitere Klassen pro Jahrgang haben. Das sind ungefähr 60 Kinder mehr.

Herr Kerbs:

Der Bauausschuss hat sich für Variante 1 entschieden und dem wird unsere Fraktion folgen.

Frau Schreiber:

Mich interessieren ebenfalls die Schülerzahlen und die Schülerprognoseberechnung für die folgenden Jahre. Ich fordere die ab. Weiterhin fordere ich den Raumbedarfsplan für den Erweiterungsbau und den vorhandenen Schulbau ab. Wie soll die Investitionssumme im Haushalt aufgebracht werden? In welchen Kalenderjahren, in welcher Höhe? Wieviel aus dem Ausgabevolumen ist über Kreditgenehmigung der Kommunalaufsicht abgesichert? Für welche Kalenderjahre? Wieviel soll aus dem Haushalt aufgebracht werden?

Frau Şahin-Connolly:

Eine Raumbedarfsplanung haben Sie in der Beschlussvorlage mit allen Maßen und die Varianten haben wir gegenübergestellt. Die Schulentwicklungsplanung ist Ihnen bekannt. Diese hatten wir Ihnen mit dem Grundsatzbeschluss bereits zur Verfügung gestellt. Im Nachtragshaushalt ist der Finanzierungsbedarf der Goetheschule für 2026/2027 eingeplant. Wir brauchen einen Kredit dafür. Das Kreditvolumen haben wir in der Haushaltssatzung 2025 beschrieben. Wir haben es nicht ganz ausgeschöpft, weil wir davon ausgehen, dass es ab 30.06. bzw. nach der Sommerpause ein Programm von der ILB gibt, wo wir weitestgehend zinsfrei für 10 Jahre die Investitionskredite für die Kommunen mit abschöpfen können.

Frau Schreiber:

Ich möchte den gesamten Raumbedarfsplan für die Goetheschule haben, der erforderlich ist, wenn Ganztagsbetrieb durchgeführt wird. Ich möchte die Schülerbedarfsprognose von Ihnen haben. In welcher Höhe hat die Kommunalaufsicht die Kredite für die Investitionsmaßnahme genehmigt? Ich möchte die konkrete Zahl wissen. In welcher Höhe ist es für welches Jahr eingeplant?

Herr Krolik:

Auf der Seite 14 ist der Anbau der Grundschule Zossen aufgeführt. Wir hatten für das Jahr 2025 Kredite in Höhe von 15,3 Mio. angefragt. Wir hatten 2 Mio. weniger bekommen, da wir noch 2 Mio. aus 2024 nehmen können. Wir werden dieses Jahr max. 6 Mio. aufnehmen. Diese Info wird die Kommunalaufsicht mit dem Nachtrag bekommen. Wir dürfen nur Maßnahmen aufnehmen, wenn die Finanzierung von der Kommunalaufsicht freigegeben ist. Diese drei Maßnahmen sind freigegeben. Die 13 Mio. für den Anbau werden wir stehen lassen, da ich davon ausgehe, dass die 11 Mio. nicht reichen werden.

Frau Schreiber wird von Herrn Njammasch ermahnt.

Frau Şahin-Connolly:

Die Schulbedarfsplanung haben wir Ende 2023 gemacht. Wir hatten die

Bevölkerungsentwicklung dargestellt, die Versorgung aktuell, die Bedarfsentwicklung im Grundschul- und Sekundarbereich und die entsprechenden Handlungsempfehlungen. Die Geburtenzahlen haben wir zur Verfügung gestellt. Wir haben den Trend hinsichtlich des Zuzugs und die Entwicklung des Grundschulbereichs sechs- bis zwölfjährig aufgezeigt. Daraufhin haben wir dann die Bedarfsplanung gemacht.

Herr Reimer:

Die Schule wird in diesem Jahr 68. Wir haben einen Sanierungsrückstau von fast 68 Jahren. Wir haben heute zwei Containertürme und die Schule reicht hinten und vorne nicht aus. Die Schüler und Lehrer freuen sich riesig, dass es jetzt vorangeht. Es ist ein tolles Projekt. Ich verstehe die Diskussion darüber nicht. Wir müssen hier vorankommen. Wenn der Anbau fertig ist, möchte ich anregen, auch sofort mit der Sanierung des Hauptgebäudes zu beginnen.

Abstimmung zu Variante 1:

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt die weitere Bearbeitung mit

1. der Variante 1 (Kostenschätzung 11.061.966,30 €)

durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

8.3 Spendensatzung der Stadt Zossen

035/25/01

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage und die beschlossenen Änderungen aus dem Bauausschuss vor.

Abstimmung zu a)

5 / 1 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Spendensatzung der Stadt Zossen

a) in der vorliegenden Fassung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

8.4 Bildung eines Präventionsrates

034/25/01

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage und die beschlossenen Änderungen aus dem Ausschuss RO vor.

Herr von Lützwow:

Bei den Beteiligten wäre der Jugendbeirat für mich wichtig.

Frau Şahin-Connolly:

Das hatten wir diskutiert, wurde im RO allerdings aufgrund des Jugendschutzgesetzes und dem Konfliktpotenzial zwischen Jugendbeirat und Präventionsbeirat abgelehnt. Wir haben gesagt, dass wir bei Bedarf Jugendliche als Gäste mit einladen.

Abstimmung:

5 / 0 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

einen Präventionsrat für die Stadt Zossen zu bilden. Die Bürgermeisterin wird mit der Bildung des Präventionsrates beauftragt. Der Präventionsrat besteht aus den nachfolgenden ordentlichen Mitgliedern und ihren Stellvertretern.

- Bürgermeister/in
- Mitglied der SVV
- Schulleiter/in
- Sozial- / Seniorenbeauftragte/r
- Vertreter/in aus dem Ordnungsamt
- Polizei

Das Mitglied der SVV ist aus der Mitte der SVV herauszuwählen.

Der Präventionsrat hat sich eine Geschäftsordnung zur Arbeitsweise zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	1	0

8.5

**Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 14.01.2025
eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.01.2025 auf
Änderung der Realsteuersatzung der Stadt Zossen,
Festsetzung der Grundsteuer B auf den vom Land
Brandenburg errechneten aufkommensneutralen Wert
von 240 %**

007/25

Frau Şahin-Connolly:

Wir hatten die Beschlussvorlage schon mal im Finanzausschuss. In der SVV wurde die Beschlussvorlage dann vom Antragsteller in den FSB zurückgewiesen mit Bitte die

aktuellen Zahlen Monat Mai zur Verfügung zu stellen. Wenn die Zahlen aus dem BadV noch mal gewünscht sind, kann ich die noch mal aufnehmen. An den Szenarien, die wir errechnet haben, hat sich nichts geändert

Frau Schreiber stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Ich beantrage insgesamt, dass wir auf den vom Land errechneten Prozentsatz unsere Steuersatzungen anpassen.

Herr Krolik:

Die Kommune hat die Hoheit, diesen Grundsteuerwert/Hebesatz festzulegen. Wir haben das in den Sitzungen ausführlich besprochen und uns auf den Satz geeinigt. Wir sehen hier keine signifikanten Erhöhungen. Wir haben noch Widerspruchsbescheide, die noch nicht beschieden sind. Die Diskussion ist zwar gut und korrekt und wir behalten es im Auge, aber wir haben aktuell eine gute Punktlandung hinbekommen. Wenn wir auf Ihren Hebesatz runtergehen, heißt das für uns fast eine halbe Million und die haben wir aktuell nicht. Rein rechnerisch ergibt sich keine Logik diesen Wert anzunehmen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben anhand der Zahlen ausgerechnet, dass Ihre Modellrechnung zu einer Mindereinnahme von 251.000 Euro führen würde. Die Zahlen für 2025 sind weitestgehend stabil geblieben.

Frau Schreiber

Es kommt sehr deutlich raus, wie Sie zur aufkommensneutralen Erhebung stehen. Die Versprechen das es einkommensneutral sein soll, werden von Ihnen gebrochen. Sie haben die falsche Grundeinstellung. Selbst nach Ihrer runtergerechneten Zahl haben Sie mindestens 80.000 Euro Mehreinnahmen in diesem Jahr. Für die einzelnen Bürger ist das kein lächerlicher Betrag. Geben sie uns dann auch an, wieviel in der Zahl 24 und 23 jeweils die Nachzahlung aus Vorjahren war. Das wäre dann auch entsprechend für das Kalenderjahr runterzurechnen. Dann ist der Differenzbetrag noch höher. Es sind immer noch nicht alle Grundstücke beschieden.

Herr Krolik:

Die Nachzahlung vorher ist das Objekt, wo sie gerade drinsitzen. Es wurde jetzt nachbewertet. Sie wollen mindestens 250.000 verschenken. Ich habe die Aufgabe den kommunalen Haushalt zu machen. Den Hebesatz legen Sie als SVV fest. Wir geben nur eine Empfehlung. Wir sagen, dass wir eine Punktlandung gemacht haben. Ich sehe die 290 % als guten Weg. Der Antrag mit 240 % ist nicht tragbar.

GO-Antrag Frau Şahin-Connolly:

Ende der Debatte und Abstimmung

Abstimmung:

4 / 1 / 1

Abstimmung zur Beschlussvorlage:

1 / 4 / 1

GO-Antrag Frau Şahin-Connolly:

Die Sitzung bis zum Ende durchführen, inklusive nichtöffentlichem Teil.

5 / 0 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur SVV im Mai 2025 eine neue Fassung der Satzung über die Erhebung der Realsteuern in der Stadt Zossen vorzulegen, mit der die Grundsteuern A und B auf die vom Land Brandenburg als aufkommensneutral berechneten Werte festgesetzt werden. Mit dieser Satzung wird die am 13.11.2024 von der SVV beschlossene Satzung ersetzt. Für die Grundsteuer B ist dies ein Wert von 240 %, statt der im November beschlossenen 290 %, für die Grundsteuer A ist dies 340 % statt 450 %.
2. Zur Vorbereitung dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, hierzu eine Übersicht anhand der im Januar und Februar 2025 mit 290 % bzw. 450 % erfolgten Bescheidung vorzulegen, aus der sich das voraussichtliche Aufkommen der Grundsteuer für 2025 ergibt.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, bis Ende Mai 2025 von Mahnungen und Vollstreckungen hinsichtlich der Grundsteuer 2025 abzusehen, da die Bürger im Vertrauen auf eine aufkommensneutrale Grundsteuererhebung nicht zu Zahlungen verpflichtet sein sollen, die über diese Höhe hinausgehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1	4	1

8.6 **Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 07.05.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.05.2025 auf Bindung der Mitglieder der Stadt Zossen im ZV KMS 031/25 hinsichtlich der Kalkulation der Gebühren der dezentralen Schmutzwasserbeseitigung**

Frau Schreiber stellt den anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben dazu keine Zahlen, Daten und Fakten seitens KMS. Diese müsste man erstmal abfragen und auswerten. Vorher halte ich von so einem Bindungsbeschluss nichts.

Herr Njammasch:

Für mich ist der Antrag nicht tragbar, da ich die Beschlussvorlage nicht kenne.

Frau Şahin-Connolly:

Das Thema ist wichtig. Man muss es differenziert betrachten. Wir sollten den KMS beauftragen, uns verschiedene Varianten der Kalkulation vorzustellen, um dann darüber diskutieren zu können. Ich habe kein Interesse daran, weitere Umlagen für die kommenden Jahre zu zahlen. Es sind Punkte, die wir kennen müssen, um sachlich fundiert über einen Antrag abstimmen zu können.

Frau Schreiber wortwörtlich zu Protokoll:

„Ich verwehre mich gegen diese von Ihnen geäußerte Lüge, ich hätte den Antrag für die Stadt Mittenwalde geschrieben. Ich gebe das auch zu Protokoll: Sie haben doch Vertreter der Stadt Mittenwalde im KMS nach diesem Antrag gefragt und haben gefragt oder haben denen vorgeworfen, dass ich den Antrag geschrieben hätte für

sie und Sie haben von den Vertretern der Stadt Mittenwalde gehört, dass das nicht der Fall ist, sondern der Antrag dort geschrieben wurde. Ich möchte also, dass sie ganz klar diese Verbreitung von Lügen über diesen Antrag und wer den geschrieben hat, unterlassen. Das ist eine Unverschämtheit. Und Sie wissen, dass sie dort lügen.“

Frau Şahin-Connolly:

Wenn die Vermutung falsch ist, dass Sie den Antrag geschrieben haben, entschuldige ich mich dafür. Im Grundsatz finde ich den Antrag nicht schlecht. Ich stimme dem auch zu, wenn wir die Zahlen kennen und wissen, dass es ein Vorteil ist. Es ist wichtig, dass wir Herrn Krieg beauftragen, die ganzen Zahlen zur Verfügung zu stellen.

Herr Njammasch:

Ich habe den Antrag nicht und finde es nicht in Ordnung, dass wir darüber diskutieren ohne die komplette Vorlage zu haben.

Herr Kerbs:

Ich könnte dem auch zustimmen, aber ich kenne den Antrag aus Mittenwalde nicht. Ich würde Sie bitten, den Antrag zurückzunehmen und sobald alle Unterlagen vorliegen, erneut einzureichen.

Frau Schreiber:

Ich sage es zu, dass Sie den Antrag der Stadt Mittenwalde als Tischvorlage zur SVV erhalten werden.

Herr Lewinsohn:

Der Antrag von Plan B ist gleichlautend wie der Antrag in Mittenwalde. Somit würde uns der Antrag aus Mittenwalde vorliegen. Der KMS muss zu ordentlicher Kalkulation gezwungen werden. Die Sonderumlage versickert da jetzt einfach in der allgemeinen Verwaltung. Es sind damit keine investiven Maßnahmen bezahlt. Das sollte man sich vor Augen führen und mal zwei Jahre weiter gucken.

Frau Şahin-Connolly:

Verwaltungskosten werden nicht durch unsere Umlage finanziert. Rückzahlungen an Bürger werden mit dieser Umlage finanziert. Der KMS ist verpflichtet Gebühren aus vergangenen Jahren zurückzuzahlen. Das hat er gemacht und aus diesem Grund ist die Umlage fällig. Der Antrag ist fast identisch. Es gibt Grundstücke mit dauerhafter Wohnnutzung und Grundstücke mit ausschließlicher Erholungs- und Freizeitnutzung. Das Thema Sondernutzungsrecht müsste man noch mal weitestgehend definieren, um alle Grundstücke zu erfassen. Der KMS betrachtet es nur mittelbar separat. Die Auswirkung auf die Gebühr kennen wir nicht. Die Themen müssen in der Kalkulation vergleichbar gemacht werden.

Frau Schreiber:

Den Antrag der Stadt Mittenwade bekommen Sie. Die beiden Anträge differieren lediglich in Punkt 1. Inhaltlich sind beide identisch.

Wochenendgrundstücke werden weniger abgefahren als Dauernutzung. Und deshalb sind die Kosten bei den Erholungsgrundstücken höher.

Herr Njammasch unterbricht Frau Schreiber. Ich würde hier jetzt nicht weiter diskutieren wollen, da wir die Fakten und Zahlen nicht kennen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie haben gerade gesagt, dass es teurer ist, wenn man weniger abfährt, als wenn man viel abfährt. Das klingt unlogisch.

Frau Schreiber:

Es geht um den Preis der Abfuhr. Der muss für diejenigen, die weniger abfahren, höher sein.

GO-Antrag Herr Kerbs:
Ende der Debatte und Abstimmung

Herr Hille:
Der Vorschlag von Plan B ist mal in Ruhe und sachlich zu diskutieren. Die Stadt Zossen müsste sich dem KMS gegenüber stark machen und klären was mit den Grundstücken passiert, die nah an einer Rohrleitung liegen und nicht angeschlossen werden.

Herr Voltz:
Der Antrag ist schlecht vorbereitet, wenn der Antrag, der hier erwähnt wird, nicht im Anhang ist.
Ich würde der Sache nicht zustimmen.

Herr Kerbs zieht den GO-Antrag zurück.

Abstimmung:

2 / 3 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Mitglieder der Stadt Zossen in der Verbandsversammlung des ZV KMS werden beauftragt, dem Antrag der Stadt Mittenwalde im ZV KMS zur zukünftigen Kalkulation der Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung zuzustimmen.
2. Die Mitglieder der Stadt Zossen in der Verbandsversammlung des ZV KMS werden beauftragt, sich dafür auszusprechen, zukünftig, ab dem Kalenderjahr 2026 hinsichtlich der Kalkulation der Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung eine differenzierte Kalkulation durchzuführen, die zwischen Grundstücken mit dauerhaftem Wohnrecht und Grundstücken mit ausschließlicher Erholungs- oder Freizeitnutzung differenziert.
3. Nach Beratung und Abstimmung im ZV KMS sind die Stadtverordneten über den Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	3	1

9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Njammasch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:01 Uhr.

Marko Njammasch
Vorsitz

Juliane Sasse
Protokoll